

Resolution

Für eine aktive und solidarische internationale Zusammenarbeit der Schweiz

Die Menschheit steht im 21. Jahrhundert vor gewaltigen Herausforderungen: globale Ungleichheit, Armut und Hunger, die Klimakrise, Artensterben sowie unkontrollierte technologische Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz. Diese Probleme lassen sich nur durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit lösen.

Doch genau jetzt in diesem kritischen Moment der Menschheitsgeschichte gewinnen vielerorts destruktive Kräfte an Einfluss: fremdenfeindliche Parteien, autoritäre Regimes und profitgierige Eliten. Menschenrechte und Demokratie geraten unter Druck, internationale Konflikte eskalieren, die multilaterale Zusammenarbeit wird geschwächt.

Für die Schweiz birgt dies grosse Risiken. Der Versuch, sich mit Aufrüstung und Abschottung zu schützen, ist eine Sackgasse. Die Schweiz muss das Sonderfall-Denken des vergangenen Jahr-hunderts endlich hinter sich lassen und stattdessen ihre Tradition der humanitären und solidarischen Aussenpolitik weiterentwickeln.

Eine internationale Ordnung, welche auf den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechten, dem Völkerrecht, der Selbstbestimmung der Völker aufbaut, liegt im ureigenen Interesse der Schweiz. Jeder sinnvoll in die internationale Kooperation investierte Franken kommt der Schweiz doppelt zugute: indem er sowohl ihre internationalen Beziehungen als auch eine regelgeleitete und wertbasierte Weltordnung stärkt. Das ist auch der wichtigste Beitrag, den die Schweiz zu einer zukunftsfähigen Sicherheitspolitik leisten kann.

Die Sparpolitik der bürgerlichen Parlamentsmehrheit läuft dem aber zuwider. Sie hat bereits mehrere hundert Millionen Franken für die internationale Zusammenarbeit (IZA) 2025-2028 gestrichen, und bereitet weitere Kürzungen vor. Das ist inakzeptabel.

Der Unia-Kongress fordert deshalb:

- **Stopp der Sparpläne in der IZA** – Kürzungen gefährden die Interessen und Glaubwürdigkeit der Schweiz.
- **Armutsbekämpfung ins Zentrum stellen** – neue Aufgaben wie Klimaschutz oder Ukraine-Hilfe dürfen nicht zulasten der Ärmsten gehen.
- **Humanitäre Rolle ausbauen** – statt Milliarden in Kampfflugzeuge zu investieren, muss die Schweiz mehr Mittel für Hilfe und Konfliktlösung bereitstellen.
- **Stärkung von Genf** als internationales Zentrum für Menschenrechte, Frieden und sozialen Dialog.

Autoritäre Regimes in den USA, China, Russland und anderswo schwächen die internationale Ordnung. Umso wichtiger ist es, dass Demokratien auf Menschenrechten, Völkerrecht und Zusammenarbeit beharren. Als Gastgeberin des UNO-Standorts Genf ist die Schweiz dafür besonders geeignet.

Die Schweiz darf sich nicht isolieren. Sie muss sich jetzt für eine breite Allianz der solidarischen internationalen Zusammenarbeit stark machen – zusammen mit demokratischen Bewegungen und Regierungen, NGOs und Gewerkschaften.